



Sparpläne der Landesregierung bedrohen die Funktionsfähigkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften

Richter und Staatsanwälte warnen vor einem Ausverkauf des Rechtsstaats durch undifferenziertes Sparen

Die am 26.11.2013 von der Landesregierung beschlossenen Einsparpläne, die auch für die Justiz Einsparungen von rund 15 und 25 Mio. Euro in den Jahren 2015 und 2016 vorsehen, bedrohen die Funktionsfähigkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften in Baden-Württemberg. Dies stellt Matthias Grewe, der Vorsitzende des Vereins der Richter und Staatsanwälte in Baden-Württemberg e.V., der größten Berufsvertretung der Richter und Staatsanwälte in Baden-Württemberg, fest. „Einsparungen im Justizhaushalt bedeuten immer Stellenstreichungen, auch wenn das verschwiegen wird“, so Matthias Grewe weiter. Der Justizhaushalt besteht im Wesentlichen aus den Personalkosten und sogenannten Kosten in Rechtssachen, also Gebühren für Rechtsanwälte sowie Kosten für Zeugen und Sachverständige. Weil niemand auf diese Kosten in Rechtssachen Einfluss hat, bleiben für Einsparungen wie bei keinem anderen Ressort stets nur Stellenstreichungen.

Schon seit Jahren ist die Personalausstattung in den Gerichten und Staatsanwaltschaften unzureichend, auch nach den eigenen Vorgaben des Justizministeriums. Die Folgen sind immer längere Verfahrenszeiten und - wie jüngst in Tübingen - die Freilassung von Verdächtigen. Die Vorgaben der Landesregierung zu den beabsichtigten Einsparungen verstärken diesen Effekt. Es ist unverständlich, dass einerseits die Polizei personell gestärkt werden soll, andererseits die sich daraus ergebenden ansteigenden Ermittlungsverfahren von immer weniger Staatsanwälten und Richtern bearbeitet werden sollen. „Schon die Einsparung von 15 Richtern bedeutet die ersatzlose Schließung eines mittleren Amtsgerichts, 25 Staatsanwälte in zwei Jahren bedeuten die Schließung einer ganzen Staatsanwaltschaft; deren Ermittlungsarbeit entfiel ersatzlos?“ sagte Matthias Grewe, der selbst Direktor eines Amtsgerichts ist. Und weiter: „Wir werden unser Niveau nicht mehr halten können, werden normale Verfahren wie Räumungsprozesse, Scheidungen und Verkehrsunfälle nicht mehr zeitgerecht bearbeiten können. Gläubiger werden länger auf ihr Geld warten, Straftäter werden ungeahndet davon kommen.“

Kontakt: Matthias Grewe 0751/806-1409, 0170/8637234

Der Verein Richter und Staatsanwälte in Baden-Württemberg e.V. ist Mitglied im Deutschen Richterbund. Er ist mit mehr als 1.600 Mitgliedern die stärkste Berufsvertretung von Richtern und Staatsanwälten in Baden-Württemberg